



Der Volkswacht

Amtliche Tageszeitung der NSDAP, Gau Sachsen

Es hat für jeden Verbreitungsbereich des Reiches eine bestimmte Blatt zur Veröffentlichung der amtlichen Verfügungen der Staats- und Gemeindebehörden, der Amtsgerichte, der Bauaufsichtungsämter, der Finanzämter, des Hauptstaatsarchivs, der Zollinspektorate, der Reichsbauämter und der Reichsämter.

Bezugspreis: mit 2,40 RM, (einschl. 41 Hpt. Vertriebsgebühr bzw. 41 ab. 43 Hpt. Transportgebühren). Durch die 2,40 RM. einchl. 41 Hpt. Vertriebsgebühr (einschl. 42 Hpt. Transportgebühren) bei Abholung in unserer Geschäftsstelle 2 RM. Erhöhter täglicher Preis bei Abnahme der Heftausgabe. Bei Nichterhalten infolge höherer Gewalt behält sich die Redaktion auf Wiederherstellung der Bezugsgebühr oder auf Entgeltierung.

Nr. 107. Freitag, 17. April 1936

Regelverkaufspreis 12.000 Reichsmark pro Jahr. An Tagen vor Erleben 15 Hpt., 1. d. Sonntagsausgabe Freitag 17 Hpt., 1. d. Sonntagsausgabe Samstag 15-20 Hpt., Berlin: Nationalsozialistischer Verlag 1. d. Gau Sachsen GmbH, Dresden 2, 1. d. Reichsstraße 19. Fernschreiben Dresden 20175. Schlußzeit 3-18 Uhr. Samstag 11. d. Schlußzeitung 11-12 Uhr außer Sonnabende. Gesamtvertrieb 25.000 u. 25.200

Straßenschlacht in Lemberg

Schwere marxistische Ausschreitungen gegen die Polizei - Ueber 20 Tote

Barrikaden im Stadtzentrum errichtet

up, Warschau, 16. April (Eig. Dienst)
Im Zentrum Lembergs kam es am Donnerstagnachmittag zu einer erbitterten Straßenschlacht zwischen Marxisten und Polizei. Die schweren Kämpfe, über deren Verlauf sich wegen Störung einiger Nachrichtenverbindungen kein einheitliches Bild ergibt, haben über 20 Todesopfer und 60 Verletzte gefordert, da die Polizei gegen die Menge, die in Häusern einbrach und Schaufenster einschlug, von der Waffe Gebrauch machen mußte.
Die Unruhen brachen aus, als ein langer Trauerzug, in dem sich viele Marxisten befanden, die Särge mit den beiden Leichnamen der bei dem Dienstag-Zusammenstoß getöteten Demonstranten durch die Straßen der Innenstadt besetzte. Zuerst wurden aus dem Trauerzug Vermahnungsrufe und Drohungen gegen die Polizisten laut. Die Menge nahm schließlich eine so drohende Haltung ein, daß die Polizeieinheiten Befehl erteilt wurde, die

Waffe zu entschärfen. Dies steigerte die Erregung der Demonstranten ins Maßlose. Schüsse fielen und bald entwickelte sich ein regelrechtes Feuergefecht. Die Demonstranten stürzten Straßenbahnwagen um und benutzten sie als Deckung gegen die Salven der Polizei.
Als in die späten Nachmittagsstunden dauerten die Straßenkämpfe mit unverminderter Heftigkeit an. Schätzungsweise 3000 Demonstranten verbarricaderten sich in der Hauptstraße dieses Stadtviertels.
Das Innenministerium gab um 21 Uhr bekannt, daß die Polizei noch heute in der schweren Kampf in Lembergs Innenstadt wieder Herr der Lage sei. Der amtliche Bericht beziffert die Verluste mit 21 Toten, 12 Verwunden auf den Straßen gefunden worden, 8 Schwerverletzte seien in den Krankenhäusern gestorben.
Im Gegenzug zu dieser amtlichen Darstellung besagen Berichte aus zuverlässigen privaten Quellen, daß die Angaben über die

Todesziffer nicht zu niedrig seien. Tatsache ist, daß die Schießereien in einem Teil der Legionenstraße auch nach 21 Uhr noch andauerten, allerdings war nicht zu leugnen, daß die Polizei Fortschritte machte. Der Schauplatz der Kämpfe lag völlig im Dunkeln. Alle Straßentüren waren gelockt, zum Glück waren sie von Kugeln getroffen. Das in Lemberg stationierte Militär brauchte nicht gegen die Kundgeber eingesetzt zu werden. Militärabteilungen wurden nur mit dem Schutz der öffentlichen Gebäude beauftragt.
Wie feststeht, sind allein die Demonstranten für die blutigen Untaten verantwortlich. Der Demonstrationszug sollte nach polizeilicher Anordnung seinen Weg nicht durch die Innenstadt nehmen. Die Polizei hatte verfügt, daß die beiden bei den Unruhen vom Dienstag Erschossenen auf einem von der Innenstadt abseits gelegenen Friedhof beerdigt werden sollten. Die Kundgeber beharrten doch darauf, sie auf einem Friedhof beizusetzen, zu dem der Weg mitten durch das Stadtzentrum führt. Als nunmehr heute die Spitze des Begleitungszugs sich dem Weg durch die Polizeilinie erzwungen wollte, kam es zu dem ersten Zusammenstoß.

Wege zu neuer Heilkunde

Von Reichsarztchef Dr. Wagner
Eine würdige und geachtete Stellung in der Welt wird nur ein Volk erringen, das körperlich, geistig und seelisch gesund und fähig ist, seine Vorkämpfer mit allen gebotenen Mitteln zu verteidigen. Lebensführung und Lebensgestaltung des einzelnen und des ganzen Volkes stellt der Nationalsozialismus deshalb in den Dienst des großen Umschmelzungsprozesses, der die vorhandenen Schwächen und Mängel beseitigt, an ihre Stelle das Bewußtsein eigener Kraft setzt und die im Volke schlummernden ursprünglichen Anlagen und Fähigkeiten zu höherer Leistungskraft entwickelt.
Daraus ergibt sich, daß Nationalsozialismus und eine nationale und soziale deutsche Gesundheitspolitik untrennbar miteinander verbunden sind. Heilkunde und Volksgesundheit, Arzt und Volk - um diese Faktoren geht es auf diesem Gebiet der nationalsozialistischen Aufbauarbeit.
Die liberalistische Weltanschauung der Vergangenheit entwickelte eine sich ständig verbessernde Individualhygiene und vernachlässigte darüber die Rassenhygiene und die Volksgesundheitspflege. Sie sah untätig dem Verfall des Willens zu ausreichender Nachkommenschaft und des natürlichen Gefühls für den Wert der Rasse zu, vernachlässigte die Gefahr wahlloser Vermehrung erbkranken Nachwuchses und vernachlässigte ihre stärksten Kräfte auf die Beseitigung von Krankheitszuständen, die sich am einzelnen zeigten. Die nationalsozialistische Gesundheitspolitik und die Erziehungsarbeit der Bewegung und der ärztlichen Führung haben diese Entwicklung aufgehalten und der Volksgesundheitspflege eine neue Richtung gegeben.
Damit ist aber die Erneuerung der deutschen Heilkunde noch nicht vollendet. Sie hat sich allmählich nach der technischen und rationalen Seite hin entwickelt und sich von der Grundlage einer allumfassenden, biologischen, das heißt natur- und volkswissenschaftlichen Betrachtungsweise zu weit entfernt. Die Aufspaltung in zahllose Fachgebiete hat auf Abwege geführt, die zu weitgehender Spezialisierung eine Überbewertung der peripherenartigen Krankheitserscheinungen gezeitigt, das einzelne Körperorgan erscheint als Mittelpunkt ärztlichen Denkens und Handelns, die Würdigung der vielfachen und verwickelten Zusammenhänge und des Zusammenwirkens aller einzelnen Teile des Gesamtorganismus ist verlorengegangen. Nicht einmal der unlösliche Zusammenhang zwischen Leib und Seele wurde in seiner Bedeutung gebührend gewürdigt. Die Behandlungsmethoden waren einseitig und vielfach gekünstelt. Die Heilkräfte der Natur wurden zu gering, operative Technik, die Anwendung chemisch-pharmazeutischer Mittel wurden zu hoch eingeschätzt. Die Bedeutung vordenkender Maßnahmen wurde zwar anerkannt, sie wurden aber nicht in den Vordergrund aller ärztlichen Tuns gestellt. Der Wert einer gesunden und natürlichen Lebensführung wurde angezweifelt, aber es geschah nichts Durchgreifendes, sie zum Gemeingut unseres ganzen Volkes zu machen.
Die großen Erfolge der theoretisch-wissenschaftlichen Arbeit führten zu einer vielfach hochmütigen Überhöhung akademischer Doktrin, zur Verkümmern im medizinischen Dogma, aber auch zu einer bedauerlichen Entfremdung zwischen Volk und Arzt.
Unser Volk dagegen bewies einen gesunden Sinn für das Einfache, Klare und Verständliche in dem Zusammenhang alles Lebendigen - es flüchtete zurück zur Natur. Es pflanzte seine Gesundheit durch Leibesübungen, Wandern und Sport, ermittelte das Entstehen einer mächtigen Lebensbewegung zur Verdrängung der Lehren einer natürlichen Lebensführung und Heilweise und wandte sich mehr und mehr solchen Heilmethoden und Ärzten zu, die die Anwendung der Kräfte der Natur bevorzugten, die Bedeutung einer naturgemäßen Ernährung erkannten und vor allem die seelische Verfassung ihrer Kranken im Zusammenhang mit den körperlichen Krankheitserscheinungen gebührend berücksichtigten.
Aus dieser Beobachtung hat der Nationalsozialismus seine Lehre gezogen. Wir fordern

Genfer Friedensvermittlungen hoffnungslos

Aloisi unterbreitet Madariaga feste Bedingungen - Der Dreizehnerauschuß in ratloser Verlegenheit

Genf, 16. April.
Die Besprechungen zwischen dem mit der Friedensvermittlung beauftragten Vorsitzenden des Dreizehnerauschusses, dem Spanier Madariaga, und dem italienischen Baron Aloisi haben einen Gang genommen, der ein sofortiges Scheitern dieses Friedensversuches erwarten läßt. Nachdem bereits am Mittwochabend eine wenig fruchtbare Unterhaltung zwischen den beiden Diplomaten stattgefunden hatte, wurde am Donnerstagnachmittag in Anwesenheit des Generalsekretärs des Völkerbundes, Aenol, eine neue Zusammenkunft abgehalten, die bezeichnenderweise nur 20 Minuten dauerte. Diese kurze Frist macht es fast zur Gewissheit, daß nicht die Möglichkeit gefunden wurde, über wirkliche Friedensmöglichkeiten zu sprechen, wie denn ja auch von Rom aus von vornherein erklärt worden war, Aloisis Aufgabe bestehe nur darin, sich über die Ansichten des Dreizehnerauschusses informieren zu lassen.
Eine neue Sitzung des Dreizehnerauschusses, die erst auf 16 Uhr festgesetzt war, wurde auf 18 Uhr verschoben, um den Delegierten zu ermöglichen, die italienischen Bedingungen für das Verfahren zur Herbeiführung von Friedensverhandlungen zu studieren. Schließlich trat der Ausschuh um 18.35 Uhr zu einer geheimen Sitzung zusammen, um den Bericht Madariagas über die italienischen Bedingungen für Friedensverhandlungen zu hören. Der abteilungsweise Völkerbundsdelegierte Madariaga und der juristische Vertreter Abessinien, Professor Tse, besuchten sich, die italienischen Bedingungen zurückzuweisen.
Der Ausschuh beschloß, seine Friedensbemühungen fortzusetzen und eine Erläuterung der italienischen Haltung aus Rom abzuwarten. Ein kurzes Kommuniqué, das im Anschluß an die Sitzung herausgegeben wurde, teilt nur mit, daß der Ausschuhvorstand Madariaga über seine Besprechungen mit den italienischen und abessinischen Vertretern Bericht erstattet habe, und daß Madariaga vom Ausschuh beauftragt worden sei, die abessinischen Vertreter über seine dritte heutige Zusammenkunft mit Baron Aloisi zu unterrichten. Während dieser dritten Besprechung informierten Madariaga und Aenol die italienischen Vertreter davon, daß Abessinien die italienischen Vor schläge zu

rückgewiesen und zur Durchführung neuer Sanktionen aufgefordert habe. Der Dreizehnerauschuß vertagte sich um 20 Uhr und wird am Freitag um 16 Uhr zu neuen Besprechungen zusammentreten.
In Genfer Kreisen verlautet, daß Aloisi die Bedingungen Italiens über die Aufnahme von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen folgendermaßen zusammengefaßt habe:
1. Die Friedensverhandlungen müssen außerhalb von Genf stattfinden (man spricht von Ouchy bei Vevey).
2. Die Verhandlungen finden nur zwischen den beiden Beteiligten statt. Der Völkerbund wird jedoch über ihren Verlauf unterrichtet.
3. Die Herbeiführung eines Waffenstillstandes ist eine militärische Frage und daher zwischen dem italienischen Oberbefehlshaber und dem Regno direkt zu regeln.
Aloisi soll erklärt haben, daß Italien über dieses Programm nicht weiter verhandeln

wolle, sondern es dem Dreizehnerauschuß überlasse, die Vorschläge entweder abzulehnen oder anzunehmen.
Diese Haltung Italiens hat naturgemäß, wenn sie auch nicht völlig unerwartet kam, große Verlegenheit hervorgerufen. Der Dreizehnerauschuß möchte natürlich alles tun, um wenigstens den Schein zu wahren und die Dinge so darzustellen, als bestünde eine Aussicht auf Beilegung des Krieges. Wie er dies allerdings unter den gegenwärtigen Umständen zuwege bringen könnte, ist unersichtlich.
Mobilmachung des Ahtzehnerauschusses
Schnelle Beachtung verdient es, daß nach dem Gespräch zwischen Madariaga und Aloisi der englische Außenminister Eden den Portugiesischen Botschafter in London, den Vorsitzenden des Ahtzehnerauschusses, aussuchte, der bekanntlich für die Sanktionen zuständig ist. Dies spricht dafür, daß Eden bereits die vorbereitenden Schritte

Grundsteinlegung zum größten Seebad

Am 3. Mai Gemeinschaftsfahrten aller deutschen Betriebe
Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 16. April.
Am Donnerstag, 30. April, wird auf der Insel Rügen der Grundstein zu dem größten AdF-Seebad gelegt werden, das, zwischen Sakuth und Binz gelegen, nach seiner Fertigstellung an einem sechs Kilometer langen Strand Raum für 20000 erholungsfindende deutsche Arbeiter bietet. Am gleichen Tage findet in Hamburg die Kiellegung des ersten Dampfers statt, den die AdF für die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ baut.
Der 3. Mai steht in diesem Jahre im Zeichen von AdF-Betriebsausflügen, wie es sie in diesem Maße noch niemals gegeben hat. In sämtlichen Betrieben Deutschlands werden an diesem Tage die Betriebsführer mit ihren Gefolgshäuptern und deren Angehörigen Fahrten in die Umgebung unternehmen. Die Organis-

lation dieser Ausflüge liegt dem Amt für Reisen, Wandern und Urlaub der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ ob.
Schirach spricht zur Elternschaft
Berlin, 16. April.
Am kommenden Sonntag finden im ganzen Reich die Feiern zur Aufnahme der 10- und 11jährigen in das Jungvolk und zur Heberführung der 14jährigen in die Hitler-Jugend statt. Für beide Feiern sind durch die Reichsjugendführung besondere Verpflichtungsformate festgesetzt. Am Abend des 19. April spricht der Reichsjugendführer Baldur von Schirach von 12.30 bis 20 Uhr über alle Sender zur deutschen Elternschaft.